

*Rosmarie Johannes  
Pressereferentin des DDB  
Sprecherin des Ausschusses  
Öffentlichkeitsarbeit*

## **Pressemitteilung**

*Theodor-Neubauer-Straße 27  
06130 Halle*

*Tel.: 0345 122 33 14  
Fax: 0345 685 46 50  
Funk: 0178 89 57 886  
Mail: [rosmariej@t-online.de](mailto:rosmariej@t-online.de)*

Für Menschen mit Typ-2-Diabetes bleiben moderne, gut handhabbare kurz wirk-same Analoginsuline weiterhin eine Therapieoption. Im Ergebnis des Beschlusses, der auf der Grundlage einer Entscheidung des Gemeinsamen Bundesausschusses am 29. September in Kraft gesetzt wurde, sollten diese Medikamente nicht mehr als Kassenleistung verordnungsfähig sein, solange sie teurer sind als Humaninsuline.

Als größte Patientenorganisation für Menschen mit Diabetes hatte der Deutsche Diabetiker Bund gegen diese Maßnahme eine massenhafte Protestaktion in Gang gesetzt und ungezählte Gespräche mit den Insulinherstellern und den Leistungsträgern geführt.

Resultierend daraus haben die ersten gesetzlichen Krankenkassen mit den Produzenten Rabatte verhandelt, die es den Ärzten ermöglichen, diese Medikamente weiterhin zu verschreiben. Erste Verträge liegen für die Versicherten der TKK, Barmer, der Deutschen BKK, einzelner IKKs und LKKs mit der Fa. Lilly vor.

Manfred Wölfert, Vorsitzender des Deutschen Diabetiker Bundes, geht davon aus, dass nach und nach auch andere Kassen diesen Beispielen folgen werden. „Es ist gut, dass wir nicht aufgegeben haben“, schätzte Wölfert in einem Pressegespräch ein. „Dieser beabsichtigte Präzedenzfall einer Rationierung hätte für die Betroffenen schlimme Folgen haben können. Über Wirtschaftlichkeit kann man jederzeit mit uns reden, das darf aber nicht zu einer Zwei-Klassen-Medizin führen, in der viele Menschen – betroffen gewesen wären rund 200.000 – 300.000 Patienten – an Lebensqualität im Berufs- und Familienleben einbüßen würden.“

Nach wie vor tritt die Patientenorganisation dafür ein, an einem runden Tisch alle Partner zusammenzuführen, die für die Versorgung der Menschen mit Diabetes Verantwortung tragen. Voraussetzung für vernünftige Lösungen, so Wölfert, sei es, dass die Betroffenen in den Entscheidungen ein wirkliches Mitspracherecht haben.

Rosmarie Johannes  
Pressereferentin des DDB